

# DAZWISCHENGEHEN

WWW.DAZWISCHENGEHEN.ORG



**Auf nach Frankfurt. Beteiligt euch massenhaft an den Aktionstagen vom 16.-19. Mai 2012: Gegen das Krisendiktat der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF).**

## TAKE THE SQUARE!

WELTWEIT GEGEN KRISE, KRIEG UND KAPITAL

INTERVENTIONISTISCHE LINKE

**An diesen Tagen** gilt: Rien ne va plus! Denn wir werden mit Tausenden zusammen einen der bedeutendsten europäischen Finanzplätze blockieren und dichtmachen und damit ein deutliches Zeichen globaler Solidarität setzen – gegen Krise, Krieg und Kapital.

Wir stellen unsere Aktionen und unsere Proteste ganz bewusst in den Zusammenhang der sich überall

auf der Welt entwickelnden neuen Kämpfe für Selbstbestimmung, Freiheit und Würde. Von den Revolten und Revolutionen des »Arabischen Frühlings« über die sozialen Kämpfe und Generalstreiks in Griechenland oder die Bewegung der Indignados in Spanien bis hin zu den weltweiten Protesten der Occupy-Bewegung: Wir sind längst nicht allein und werden hörbar immer mehr.

Es ist offensichtlich: Seit ein paar Jahren durchlebt der Kapitalismus eine der schwersten Krisen seiner Geschichte, und die Mutter aller Fragen steht wieder im Raum: Wie viele Jahre kann und wie viele Jahre will sich die Welt noch dieses System leisten? Auch hierzulande wird die Zeit langsam reif für eine kraftvolle rebellische Mobilisierung: laut, entschlossen, offensiv und antikapitalistisch.

»THERE IS NO SUCH THING AS SOCIETY.«

Momentan erfährt die EU das Ende ihrer Ideologie von grenzenlosem Wachstum und Wettbewerb. Doch als Antwort auf die grassierende Instabilität des EU-Systems fallen IWF, EZB und EU-Kommission nicht viel mehr ein als eine Kampfansage an jede soziale Solidarität. »*There is no such thing as society*«, behaupten mit

der langjährigen britischen Premierministerin Margaret Thatcher alle Neoliberalen. Es gibt keine Gesellschaft, sondern nur eigennützige Individuen. Diese strategische Linie reicht vom chilenischen Putsch Anfang der 1970er Jahre bis zum aktuellen EU-Diktat gegen Griechenland.

Aus herrschender Sicht ist das nur konsequent. Denn das EU-Projekt war von Anfang an >>>

# DAS »MAKING OF« DER EURO-KRISE

WIE AUS DER FINANZ-  
EINE STAATSSCHULDENKRISE  
GEMACHT WURDE



**In Deutschland ist** es zur fixen Idee geworden. Hier ist man der Meinung, die explodierte Staatsverschuldung sei nicht Folge der Krise. Vielmehr hält man eine unsolide Finanzpolitik vieler Eurostaaten für die Ursache der Eurokrise. Wie ein Rück-

blick auf die Krise zeigt, ist diese Verdrehung Ausdruck der Definitionsmacht darüber, was ihr zugrunde liegt.

Gehen wir zurück ins Jahr 2006. Damals stagnierten die US-Immobilienpreise. In der Folge konnten viele Kredite nicht mehr bedient

werden. Die Kredite waren als Wertpapiere verpackt und wurden an den Finanzmärkten als renditeträchtige Anlage gehandelt. Die Immobilienkrise schlug in eine globale Finanzkrise um. Die Banken trauten sich nicht mehr über den Weg und lie-

hen sich untereinander kein Geld mehr. Im September 2008 brach Lehman Brothers zusammen.

VON DER FINANZ-ZUR  
WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Nach der Insolvenz der Investmentbank wollte



## TAKE THE SQUARE!

»» als imperiales Projekt konzipiert – integrativ und zugleich autoritär nach innen, aggressiv nach außen in dem Abbau von Handelsschranken und der Entwicklung militärischer Handlungsfähigkeit im globalen Wettbewerb. Die Abschottung an den EU-Außengrenzen, verbunden mit einer repressiven Flüchtlingspolitik, war und ist integraler Bestandteil einer europäischen Apartheid, die die Freizügigkeit der Mobilität lediglich ihren eigenen StaatsbürgerInnen zubilligt. Wie krisenhaft sich die europäische Formierung von Anfang an gestaltete, zeigte schon der Zerfall Jugoslawiens. Auch wenn der Aus-

gangspunkt der jugoslawischen Krise hausgemacht war, waren die sogenannten postkommunistischen Übergangsprozesse gleichzeitig Expansionsphasen westlichen Kapitals mit den bekannten Konsequenzen von zunehmender Armut und der rigorosen Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen.

Für die Menschen in Griechenland wie überall kann und wird es unter solchen Voraussetzungen keine Perspektive geben. Selbst die Herrschenden ahnen, dass die technokratischen Versuche, die Krise zu bewältigen, keine Lösung bringen. Neue soziale und politische Perspektiven können nur aus

der Bewegung des Widerspruchs kommen, überall dort, wo sich die Gesellschaft sozusagen neu erfindet. In Griechenland wird die Stromversorgung selbst organisiert, in Spanien schließen sich von der Zwangsräumung bedrohte HausbesitzerInnen zusammen, in Mexiko produziert die Belegschaft in Eigenregie Autoreifen. Aber da muss noch mehr gehen. Die kapitalistische Marktlogik muss aus allen Lebensbereichen verdrängt werden, nur unter gesellschaftlicher Kontrolle werden das Gesundheitssystem, die Energieproduktion, der ÖPNV, die gesamte Güterproduktion die Bedürf-

nisse aller Menschen berücksichtigen. Alle diese Bereiche gehören vergesellschaftet – dem Markt und dem Staat entzogen. Die Lösung wäre, nicht nur in Griechenland, die aufständische Kommune. Die Euro-Krise ist auch ein Lehrstück über die Dominanz des deutschen Staates innerhalb der EU. Uns ist es deswegen wichtig, dass die Aktionstage massiv den Widerspruch zu Standortlogik und nationalem Konsens ausdrücken. Deutschland ist schließlich direkt verantwortlich für die knallharten Spar- und Sanierungsprogramme gegen die Länder der europäischen Peripherie – und profitiert von ihnen. So wie

beispielsweise der griechische Staatsbankrott auch auf massive Rüstungsgeschäfte, nicht zuletzt mit Deutschland, zurückgeht, ist die Begleichung dieser Schulden Bedingung für die »Euro-Hilfen«. Von diesen Milliarden sehen die Menschen gar nichts.

Und mehr noch. Deutschland ist nicht nur die ökonomische Supermacht in der Mitte Europas und informeller Chef der EU, sondern es lässt diese Tatsache auch alle anderen EU-Länder permanent spüren. Entsprechend gibt es seit Monaten eine nicht abebbende nationalistische Hetze gegen Griechenland, allen voran die BILD-Zeitung. Aber



keine Regierung eine Verschärfung der Bank- und Finanzkrise zulassen. Der Kapitalismus musste vor sich selbst gerettet werden. Deshalb wurden Banken durch Verstaatlichungen, Garantien, stille Einlagen, Kapitalerweiterungen und Gründungen von Bad Banks gestützt. Der Staat wurde zum »ideellen Gesamtbankier« (Alt Vater). Diese Krisenpolitik kam einer Verstaatlichung privater Schulden gleich. Mit allen Mitteln sollte die Entwertung der Kapitalvermögen und Renditeansprüche verhindert werden.

Neben den steigenden Ausgaben für Bankenrettung und Konjunkturprogramme waren es vor allem die einbrechenden Steuereinnahmen, die zu einer erhöhten Staatsverschuldung führten. Vor allem nachdem die deutsche Industrie wieder Gewinne einfuhr, wurde jetzt die Finanz- und Bankenkrise als Staatsschuldenkrise the-

matisiert: Nicht die Wirtschaft schien in der Krise zu sein, sondern die Staatsfinanzen.

Die Dominanz dieser Interpretation zeigt sich unter anderem daran, dass selbst Staaten zur Finanzdisziplin ermahnt wurden, die vor der Krise den europäischen Stabilitätspakt (ganz im Gegensatz zu Deutschland) eingehalten hatten – zum Beispiel Spanien.

VON DER STAATSSCHULDEN-ZUR EUROKRISE

Nach dem Ende der staatlichen »Feuerwehreinätze« zur Rettung des Finanz- und Bankensystems wurden wieder die altbekannten neoliberalen Rezepte hervorgekramt: Um das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen, sollten die Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und sparen. Welche Konsequenzen das hat, zeigt der »Fall Griechenland«.

Als Griechenland im April 2010 Finanzhilfen bean-

tragte, wollte die Politik mit allen Mitteln eine weitere Erschütterung des Finanzsystems verhindern. Den Banken und institutionellen Anlegern sollten keine weiteren Vermögensverluste zugemutet werden, was durch eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands oder einen Schuldschnitt eingetreten wäre. Allerdings wollte vor allem Deutschland europäischen Finanzhilfen nur zustimmen, wenn Griechenland Spar-, Privatisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen durchsetzt. Ein Teufelskreis aus Sparauflagen, Rezession, steigender Staatsverschuldung, sinkender Kreditwürdigkeit, Finanzierungshilfen und weiteren Sparauflagen begann – auch für andere Eurostaaten.

DEUTSCHLANDS DOMINANZ BRECHEN

In den letzten Jahren ging es immer nur darum, das in Staatsanleihen investierte Finanzkapital

vor einer Entwertung zu schützen und die Eurostaaten als Schuldner – und damit als Anlageobjekte für das Finanzkapital – zu erhalten. Im Zuge der Krisenpolitik wurden Ursache und Wirkung verdreht und die Lasten auf die Bevölkerung abgewälzt – zugunsten des Kapitals. Gleichzeitig hat Deutschland seine Stabilitätspolitik und die Politik der Agenda 2010 europäisiert.

Der in nahezu allen Ländern hochkochende

Rassismus verdeckt verstärkt den sozialen Charakter und die Klassen-dimension der Krise. In Deutschland wird gegen »die Griechen« gehetzt; in Griechenland, aber auch in anderen Ländern wie etwa Italien, nimmt die Hetze gegen ArbeitsmigrantInnen zu. Eine kapitalismuskritische Linke muss deshalb nicht nur die deutsche Dominanz in Europa brechen, sondern auch dem rassistischen Kurs eine solidarische und soziale Perspektive entgegensetzen. ★★★



WELTWEIT GEGEN KRISE, KRIEG UND KAPITAL

nicht nur sie. Im Februar 2012 verlangten der Chef von Bosch und weitere deutsche Manager den Rauswurf Griechenlands aus der Europäischen Union, weil Griechenland »marode und in einer Solidargemeinschaft eine untragbare Belastung« sei.

GLOBALE KRISE - GLOBALE SOLIDARITÄT

Aber es geht um mehr als Euro-Krise und galoppierende Staatsverschuldungen. Die gesamte globale Entwicklung ist von einer tief gehenden Krise geprägt und zwingt schon seit Jahrzehnten immer mehr Menschen insbesondere in den südlichen Ländern eine katastro-

phale Lebensperspektive auf. Wenn Menschen verhungern, an heilbaren Krankheiten sterben, auf der Straße leben oder im Müll hausen müssen, dann ist das unmittelbarer Ausdruck davon, dass der Kapitalismus die existenziellen Bedürfnisse der Mehrzahl der Menschen nicht befriedigt und ihnen ein Recht auf ein Leben in Würde verweigert. Zur Zerstörung der Lebensperspektiven der Menschen gehören auch die Verwüstungen der Natur: der Klimawandel mit dem Anstieg der Meeresspiegel und der Ausbreitung der Wüsten, die Enteignung riesiger Ländereien und die Abholzung ganzer

Wälder für die Biospritproduktion, die dramatischen Folgen der Monokulturen. Zur Zerstörung der Lebensperspektiven gehört aber auch, wenn sich den Jugendlichen in Tunis und Kairo wie in Santiago de Chile, Washington, Madrid, Athen, Rom oder Frankfurt nach Abschluss oft langjähriger Ausbildung keine andere Option mehr bietet als die entfesselte, für immer mehr Menschen dennoch hoffnungslose Konkurrenz aller gegen alle: um Jobs, die immer weniger werden, die einen zugleich rund um die Uhr und an jedem Ort des eigenen Lebens einspannen. Die gerade deshalb kei-

ner Zukunft mehr Raum lassen. Die obendrein immer schlechter bezahlt, jeder Sicherheit und aller Rechte beraubt werden. Die letztlich jede freie soziale Beziehung angreifen und im selben Zug die ältesten Herrschaftsverhältnisse des Alltags vertiefen: Verhältnisse vor allem patriarchaler oder rassistischer Herrschaft.

Doch diese Widersprüche waren nie Ausgangspunkt herrschender Politik. Im Gegenteil: Was durch IWF, Weltbank, EU, G8 oder NATO exekutiert wird, ist zuerst einmal Krisenmanagement und Sicherheitspolitik, weil die globale Krise auch eine Krise imperialer Domi-

nanz und Hegemonie ist. So betrachtet geht es in der Euro-Krise wie im Krieg gegen den Terror um Systemerhaltung, damit die Maschine läuft, egal wer dabei unter die Räder kommt. Und so können wir das eine nicht ohne das andere denken. Nicht den Krieg in Afghanistan ohne das Projekt der europäischen Formierung, nicht das Camp X-Ray in Guantánamo ohne die Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer, nicht die Zitadellen des Wohlstands ohne die Zonen völliger Prekarität und Rechtlosigkeit und nicht die kapitalistische Verschwendungswirtschaft ohne die Zerstörung sozialer, politischer und



# KRISE KRANKHEIT WIDERSTAND

DIE AKTUELLE FINANZKRISE MACHT DEN ALLTAG UNERTRÄGLICH – FÜR ALLE

In letzter Zeit lauten die Schlagzeilen von Zeitschriften und Magazinen auffällig oft: »Ausgebrannt«, »Das überforderte Ich«, »Der gestresste Mensch«. Neben Burnout- und Work-Life-Balance-Tests kommen in den Zeitschriften auch Zeitdiagnosen zur Sprache. Leistungsdruck und Mobilitätsanforderungen, das Smartphone als Symbol für die »Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit« stehen für all die Veränderungen in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen, die zu enormen Anforderungen, Zumutun-

gen und Unsicherheiten führen. Doch Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen bleiben ungebunden neben den individuellen Leidensberichten stehen.

## NEOLIBERALE SHOCK-STRATEGIE

Dabei geht die Schere zwischen denen mit Geld/Perspektive und denen ohne immer weiter auf. Die WissenschaftlerInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigen in ihrer Studie »Gleichheit ist Glück«, dass in Gesellschaften mit zunehmender Einkom-



mensungleichheit auch die psychosozialen Probleme zunehmen. Die Studie hat Geahntes neu belegen können. Erstens: Es ist für alle – auch für Reiche – schlechter, in ungleichen Gesellschaften zu leben. Zweitens: Einkommensungleichheit wirkt sich auf Probleme im Alltag aus. Die AutorInnen haben auch Erklärungsansätze: In ungleicheren Gesellschaften müssen alle um den Erhalt ihres Status kämpfen. Das verursacht dauerhaften Stress, und der wiederum schürt die

ökologischer Werte durch das Kontinuum des Marktes. Die Sackgasse dieser Gegenwart ist überall wahrnehmbar. Aber machen wir uns nichts vor: Wenn die Ursache der Krise in falscher Wirtschaftspolitik, in der nackten Gier von Spekulanten oder in den bösen Machenschaften amerikanischer Rating-Agenturen gesehen wird, bleibt die Kapitalismuskritik nur Scheinkritik, die glaubt ein guter Kapitalismus sei machbar. Ebenso wenig hilfreich ist die schon fast beruhigende Formel einer »normalen« Krise kapitalistischer Verwertung, so als würden politische Entscheidungen wie Krieg und imperiale Expansion da

nicht genau hineinwirken. Insoweit muss die radikale Kritik auch die Kritik an unzutreffenden und immer wieder auch mit antisemitischen Stereotypen aufgeladenen Erklärungsversuchen der Krise sein.

## WER VOM KAPITALISMUS SPRICHT, SOLLTE IHN GLOBAL DENKEN

Der Kapitalismus in der Metropole ist die Synthese des ganzen Territoriums, von industrieller Landwirtschaft, Autobahnen, seelenlosen Wohnstädten bis hin zu Jobagenturen, vermarkteten Naturparks und Eventmanagement: der Mensch als Ich-Agentur ohne Nahbeziehungen. Weltweit bedeutet der glei-

che Kapitalismus immer noch: Verteilungskriege, Unterdrückung, Entmündigung, Festpressen ganzer Regionen im Status des permanenten Ausnahmezustands. Wer also die Verfügungsgewalt über das eigene wie das gesellschaftliche Leben erobern will, wer dies nicht nur für sich und seine FreundInnen, sondern für alle fordert, muss die Systemfrage stellen. »Echte Demokratie« geht nur ohne Kapitalismus. Drunter ist heute nichts mehr zu haben. Mit dem »Arabischen Frühling« wurde die Frage der Revolution nach langen Jahren der Stagnation wieder Tagespolitik. Nicht nur die

politischen Verhältnisse in Tunesien und Ägypten wurden umgestoßen, es wurde eine Dynamik freigesetzt, die für viele ganz subjektiv die Möglichkeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen erfahrbar macht: Freiheit und Würde, wieder eine Wahl über die eigene Zukunft haben zu können. Und wir sind sicher: Das war erst der Anfang.

Wir sehen uns in Frankfurt und freuen uns nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und dem NATO-Gipfel Strasbourg 2009 auf eine weitere internationale Mobilisierung. Die Frankfurter Tage des Widerstands stehen in der transnationalen Widerstandsbewegung,

## APRIL 2012 - INTERVENTIONISTISCHE LINKE

schließen an den Global Action Day des 12. Mai an. Wir sammeln uns vom Donnerstag, dem 17. Mai, auf den Plätzen und in den Anlagen rund um das Bankenviertel. Am Freitag, dem 18. Mai, wird das ganze Bankenviertel, wird der Alltag der Metropole blockiert, das Betriebssystem stillgelegt. Am Samstag, dem 19. Mai, wird eine große und internationale Demonstration direkt vor die EZB ziehen.

Die Sache der Emanzipation kommt nur durch massenhaften Ungehorsam und kollektiven Widerspruch voran, durch Ereignisse, in denen unsere Kräfte und Ideen zusammenwirken: *Auf die Plätze! Fertig! Los! Take the square!* ★★★



Spirale des Gegeneinanders, der Gewalt, des Krankwerdens an den Verhältnissen. So stieg etwa in Griechenland innerhalb des letzten Jahres die Vergabe von Antidepressiva um 40 Prozent – die Krise wird zur Privatsache.

Eine ehemalige Pflegerin berichtete mir von Veränderungen in ihrer Arbeit. Sie und ihre Kolleginnen wurden von einer Unternehmensberatung freundlich aufgefordert, eine Liste mit allen »versteckten« Tätigkeiten anzufertigen. Diese seien dann gelistet und zugunsten von Einsparungen und Effizienz aus dem täglichen Arbeitsablauf verbannt worden. Dazu gehörte zum Beispiel, die Zeitung aus dem Briefkasten zu holen und der Heimbewohnerin zu bringen, die das selbst nicht mehr konnte. Was taten die Pflegerinnen fortan, fragte ich. Sie taten es weiter. Nur heimlich und verdeckt, auf ihre Kosten.

Das zeigt, wie Effizienz gesteigert wird. Die Arbeiten und Realitäten verschwinden nicht, sie werden aus den Kostenrechnungen gelöscht. Feministische Analysen haben das vielfach gezeigt: Die Entwertung der Arbeiten rund um die Reproduktion und das rein ökonomische Menschenbild des Homo Oeconomicus sind nur ein Teil des Ganzen. Die neoliberalen Verhältnisse funktionieren nur auf Grundlage der Ausblendung und Abwertung dieser ganzen Realitäten: der Reproduktionsarbeiten, der persönlichen Krisen und Krankheiten. Damit werden die Kosten externalisiert und abgeschoben: Was zählt? Who cares? Den aktuellen Höhepunkt dieser Logik bildet die Krise als Schuldenbremse – ein

technokratisches Meisterstück, das nichts mehr verhandelbar macht.

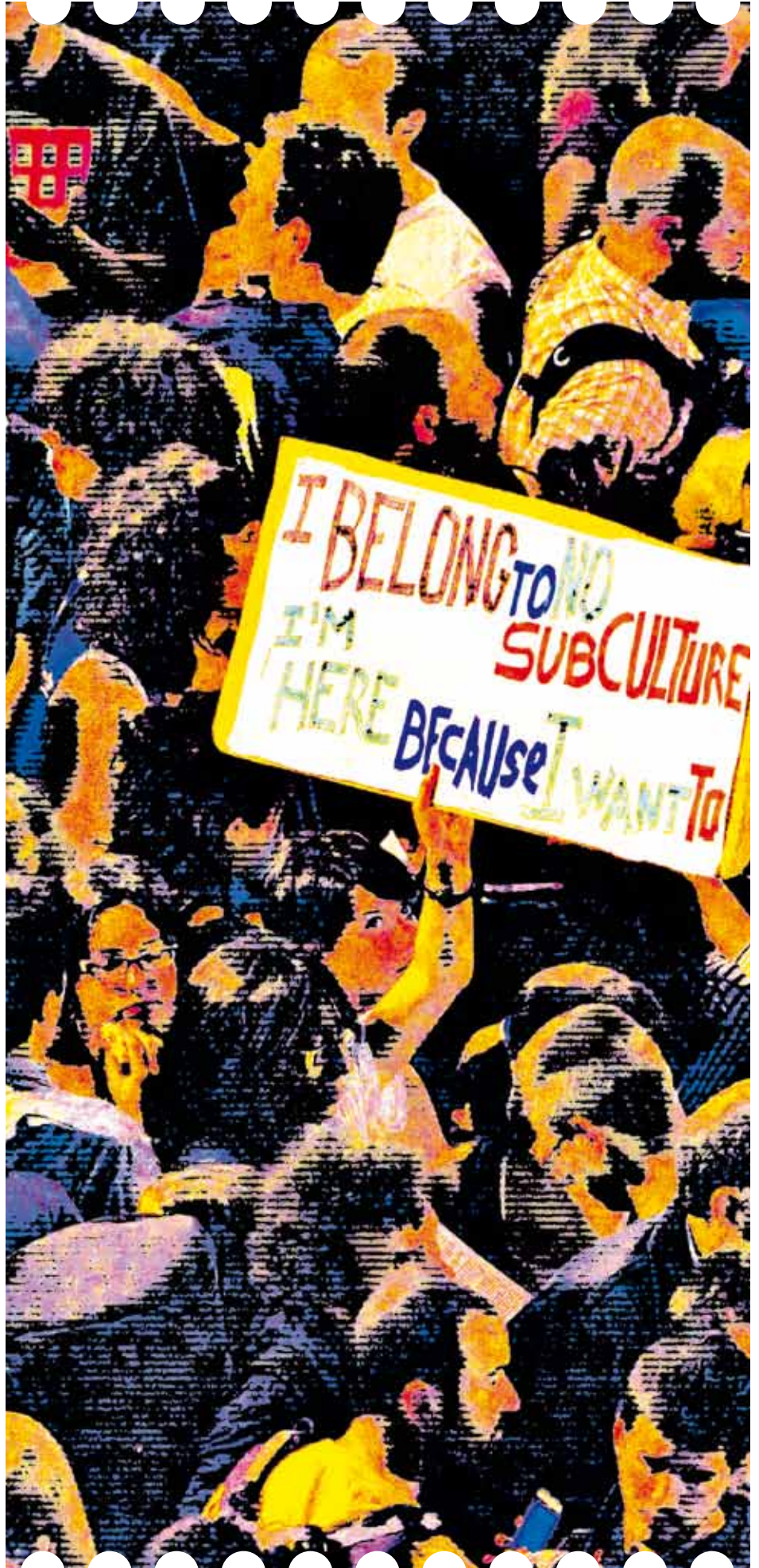
**NICHT LÄNGER  
DIE KRISE ERTRAGEN**

Dass persönliche und soziale Not, Druck, Überlastung und Krankheiten immer schwerer als Teil der Verhältnisse zur Sprache zu bringen sind, hat System.

*Baustein 1:* Herrschaft und Repression durch Zahlen, die nicht mehr verhandelbar sind.

*Baustein 2:* Menschen kommen darin nur noch im statistischen Durchschnitt vor, nicht mehr als Subjekte – denn diese liegen außerhalb dessen, was zählt. Solche Externalisierungen sind ein strategisches Moment der neoliberalen Krisenlösungen.

Um die Probleme im Alltag im Zusammenhang mit den Widersprüchen neoliberaler Herrschaft zu verstehen, müssen soziale Bewegungen diese Themen aufgreifen und entprivatisieren. Um der Sprach- und Verständigungslosigkeit zu begegnen, sollten die Bewegungen gegen Kapitalismus, Neoliberalismus und Technokratie ihre Forderungen mit einer (Selbst-)Verständigung über die Menschenwürde verknüpfen. Damit würde deutlich, wie wir auf Kosten der Menschenwürde die Krise (er)tragen: Was geschieht mit denjenigen, die krank werden in den Verhältnissen? Wie lässt sich das Unbehagen in den Verhältnissen jenseits von medizinischen Definitionen fassen? Solche Fragen müssen Teil des Widerstands gegen den neoliberalen Kapitalismus werden. ★★★





# SYSTEMATISCHE ZERSTÖRUNG

GRIECHENLAND  
WIRD KAPUTTGESPART

## Ein Spaziergang

durch die Athener Innenstadt zeigt am deutlichsten, wohin über zwei Jahre gnadenlose Austeritätspolitik Griechenland gebracht haben. Selbst in den Einkaufsmeylen haben zahlreiche Geschäfte dichtgemacht. In den einst von unzähligen EinzelhändlerInnen und Handwerksbetrieben geprägten Seitenstraßen sieht es noch schlimmer aus. Auf der durch die Innenstadt führenden Stadiou-Straße findet man mehr als ein Dutzend Obdachlose, die die Nächte auf den Stufen der hier ansässigen Geschäfte verbringen. Die Stadtverwaltung hat ihnen die Bänke im winzigen Park nebenan abschrauben lassen.

Hinter dem Athener Rathaus stehen täglich mehr als tausend Menschen, längst nicht mehr nur MigrantInnen, für eine warme Mahlzeit Schlange. Wenige Hundert Meter weiter befindet sich eine Klinik der griechische Nichtregierungsorganisation Ärzte der Welt für

MigrantInnen. Mittlerweile ist jeder dritte Patient Grieche. Besonders alte Leute, die nicht mehr die fünf Euro für einen Arztbesuch aufbringen können. Und es sind auch vor allem RentnerInnen, die nach Abbau der Wochenmärkte in den von den GemüsehändlerInnen als unverkäuflich zurückgelassenen Waren alles noch Verwertbare herausuchen.

## EIN LAND WIRD AUSGEBLUTET

Um 4,5 Prozent ist die Wirtschaft 2010 gesunken, dem Jahr, in dem Griechenland unter den Europäischen Rettungsschirm schlüpfte. Letztes Jahr schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt sogar um sieben Prozent, und auch in diesem Jahr ist keine Wende zu erkennen. Über eine Million Menschen sind arbeitslos, das entspricht über 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Im Jahr vor den »Rettungsmaßnahmen« betrug die Arbeitslosenquote 9,6 Prozent.

Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung leben dicht an oder unterhalb der Armutsgrenze von offiziell knapp 7.200 Euro im Jahr. Nach offiziellen Angaben verübten 2011 etwa 540 Menschen Selbstmord, 45 Prozent mehr als 2010. Die meisten der über 600 Menschen, die im vergangenen Jahr versuchten, sich das Leben zu nehmen, gaben als Grund von der Krise verursachte finanzielle Probleme an.

Verantwortlich für diese Situation ist eine Politik, die die Wirtschaft des auf den inländischen Markt angewiesenen Mittelmeerraums systematisch zerstört hat. Angefangen mit der Kürzung der ohnehin mageren Gehälter der öffentlichen Angestellten um knapp 40 Prozent, ebenso drastischen Kürzungen aller Renten, über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um vier Prozentpunkte, die Absenkung des Steuerfreibetrages von 12.000 auf

5.000 Euro im Jahr, also unter die Armutsgrenze, bis hin zu gnadenlosen Kürzungen sämtlicher sozialer Leistungen, einschließlich des Arbeitslosengeldes von kargen 461 auf klägliche 323 Euro monatlich.

## LOHNKÜRZUNGEN UM 22 %

In diesem Jahr wurde den grundlegenden gewerkschaftlichen Errungenschaften der Garaus gemacht. Bereits im vergangenen Jahr waren der Kündigungsschutz gelockert und die Unterschreitung geltender Branchentarifverträge durch Firmentarife per Gesetz erlaubt worden. Im Februar nun erließ die Regierung ein Gesetz, mit dem alle auf den allgemein geltenden Tarifvertrag basierenden Löhne um 22 Prozent, für Jugendliche unter 25 Jahre sogar um 32 Prozent gesenkt werden.

Betroffen davon sind nicht nur die etwa 400.000 MindestlohnbezieherInnen, deren Bruttolohn von 751

auf 586 Euro sinkt. Der Abschlag gilt für alle Lohnstufen im allgemeinen Tarifvertrag. Wer sich in zehn Jahren Schufterei z. B. auf 962 Euro Brutto hochgearbeitet hatte, muss nun wieder mit 750 Euro auskommen.

Den Herrschenden geht es dabei weder um die »Rettung Griechenlands« noch um Schulden- oder Defizitabbau. Milliardenkredite und Schuldenschnitt dienten lediglich zur Bedienung der alten Schulden Griechenlands an dieselben Gläubiger. In einem vertraulichen Papier der Troika wurde bereits im Dezember vergangenen Jahres konstatiert, dass Griechenlands Schuldenquote – trotz Schuldenschnitts – aufgrund der Rezession dieses Jahr weiter steigen wird. Trotzdem wird dasselbe, eine Billiglohnzone mit zerstörter Wirtschaft schaffende Rezept bereits auch in anderen EU-Ländern, beispielsweise in Portugal und Spanien, angewandt. ★★★



**Mehr denn je** schaut die Welt gleichzeitig in zwei Richtungen. Ein Gesicht schaut in eine dunkle, Depressionen erzeugende Welt. Eine Welt sich schließender Türen. Eine Welt, in der Leben, Möglichkeiten, Hoffnungen genommen werden. Es sind Zeiten, in denen gekürzt wird. Du musst lernen, mit der Realität fertig zu werden. Du musst gehorchen, wenn Du überleben möchtest, Deine Träume aufgeben. Erwarte nicht, dass Du von dem was Dir Spaß macht, leben kannst. Du kannst Dich bereits glücklich zählen, wenn Du überhaupt einen Job hast. Es gibt keine Alternative, nur die Wirklichkeit der Herrschaft des Geldes, vergiss also Deine Träume. Anderenfalls wirst Du Mülleimer durchsuchen dürfen, denn es wird keinen Wohlfahrtsstaat geben, der Dich schützt. Schau, schau auf Griechenland und sei gewarnt!

Dies ist das, was die Regierungen Europas und der Welt gegenüber den Menschen durchzusetzen suchen – alle Regierungen, alle sind sie Diener des Geldes, gleich ob sie scheinbar aus einer Machtposition heraus sprechen, wie die deutsche

# VON VERZWEIFLUNG UND HOFFNUNG

JOHN HOLLOWAY

Regierung oder ob sie einfache Befehlsvollstrecker des internationalen Bankensystems sind, wie Papademos in Griechenland oder Monti in Italien. Die Ausgabenkürzungen führen nicht nur zu Armut, sie stutzen die Flügel der Hoffnung.

In diese Richtung bewegt sich die Welt, aber ist dies alles, was es gibt? Gibt es keine Möglichkeit, wie wir die Welt umkehren lassen können? Hat die Welt kein anderes Gesicht, eins, das in eine andere Richtung schaut?

Nein, wir werden nicht hinnehmen, was ihr mit uns zu tun versucht. Nein, wir werden Eure Kürzungen nicht hinnehmen. Nein, wir werden uns nicht der Disziplin des Geldes unterwerfen, nein, wir werden das Töten der Hoffnung nicht hinnehmen. Und nein, wir werden keine Alternativen vorschlagen. Wir wollen Eure Probleme nicht lösen,

denn die einzigen Lösungen für die Probleme des Kapitals sind unsere Niederlage, die Zukunft des Kapitalismus ist der Tod der Menschheit. Selbst wenn das Kapital diese Krise löst, wird die nächste, noch zerstörerische, nicht lange auf sich warten lassen. Wir werden Euch nicht gehorchen, Politiker-BankerInnen, weil ihr die tote Vergangenheit seid, während wir die mögliche Zukunft sind. Die einzig mögliche Zukunft. Aber unsere mögliche Zukunft ist nicht mehr denn eine Möglichkeit. Um sie zu verwirklichen, müssen wir in der Lage sein, den Weg der Welt neu auszurichten.

Zorn und Liebe. Verweigerung und erschaffe. Dies ist die einzige Möglichkeit, mit der wir die Welt neu ausrichten können. Unsere Wut ist nicht die Wut der Waffen – Pistolen sind ihre Waffe, nicht unsere. Unsere

Wut ist die Wut der Verweigerung, der unterdrückten Kreativität, der Empörung.

Unser brüllendes NEIN findet Widerhall in der Welt, aber unsere Weigerung bedeutet kaum etwas, wenn sie nicht von alternativem Erschaffen begleitet ist. Unser Nein zur alten Welt wird keinen Bestand haben, wenn wir nicht jetzt und hier eine neue Welt erschaffen. Die Wut unserer Weigerung läuft in neues Erschaffen über. Die repräsentative Demokratie hat versagt und wir erschaffen eine wirkliche Demokratie auf unseren Plätzen, unseren Treffen, unseren Protesten. Das Kapital ist unfähig, die Grundlagen des Lebens sicherzustellen und wir bauen Netzwerke gegenseitiger Unterstützung auf. Das Geld zerstört und wir sagen: »Nein, wir werden eine andere Logik und eine andere Form des Zusammenkom-

mens erschaffen.« Und so verkünden wir, dass »Kein Haushalt ohne Strom« sein darf und stellen die Stromversorgung wieder her, wenn diese abgestellt wurde. Schuldeneintreiber kommen, um unsere Häuser zu pfänden und wir organisieren Massenproteste, um sie aufzuhalten. Menschen sind hungrig und wir erschaffen Community-Gärten. Der Drang nach Profit massakriert menschliches und nicht-menschliches Leben und wir erschaffen neue Beziehungen, neue Formen Sachen zu tun. Das Kapital fegt uns von den Straßen und Plätzen und wir besetzen sie.

All dies ist unzureichend, all dies ist experimentell, aber in diese Richtung muss es gehen, dies ist das andere Gesicht der gegenwärtigen Welt, dies ist der Geburtskampf einer neuen Welt gegenseitiger Anerkennung. ★★★



AN ALL DIE AUS DER REIHE TANZENDEN DIESER WELT, AN UNS ALLE,  
DIE WIR UNS NICHT MIT DEM ENDE DER MENSCHHEIT ZUFRIEDENGEBEN



Um die unterschiedlichen Ansätze des Widerstands gegen das autoritäre Krisenregime sichtbar zu machen, werden die Blockadefinger, die sich am 18. Mai auf dem Weg zur EZB machen, entlang thematischer Schwerpunkte organisiert. Vorbereitet werden Finger zu Migration, Militarismus, Ökologie, Verarmung, Prekarisierung, Spardiktat, Bildung und Gentrifizierung.

Mehr Infos unter: <http://blockupy-frankfurt.org/blockade/aktionsthemen>

#### ES GEHT NICHT UM EISBÄREN

Das herrschende Wirtschaftssystem bedeutet Konkurrenz und Zwang zu permanenter Expansion, was als »Wachstum« verharmlost wird. Folge ist eine Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens. Weltweit wächst der Hunger. In Frankfurt wollen wir diese Verbindung spürbar und sichtbar machen. Macht mit im Ökologie-Finger bei der Blockade der EZB! Mit Fässern, weißen Schutzanzügen und Mundschutz bringen wir die unzähligen ökologischen Katastrophen zum Ausdruck. Bringt Taucherbrillen und Schnorchel mit als Symbol gegen steigende Meeresspiegel.

#### MILITARISIERUNG IN DIE KRISE TREIBEN

Blockupy Frankfurt steht auch unter dem Zeichen des Protests und Widerstands gegen die Militarisierung Europas. Unseren Fokus richten wir auf die Schnittstellen von Finanz- und Rüstungswirtschaft, auf den Zusammenhang von Staatsverschuldung und Rüstungsausgaben. Während der Aktionstage werden wir den antimilitaristischen Widerstand auf die Straße tragen. Beim »Take the square« am Donnerstag, ebenso wie bei der Blockade der EZB am Freitag und der internationalen Demonstration am Samstag.

#### ANTIRASSISMUS GOES BLOCKUPY

MigrantInnen sind besonders von der herrschenden Krisenpolitik betroffen. Sie werden als Erste entlassen, vielen droht bei Arbeitslosigkeit die Abschiebung – und sie werden zu Sündenböcken für die soziale Krise gemacht. Als antirassistische Gruppen sind wir bei den Aktionstagen mit dabei: Wir kommen mit Schlauchbooten und Leitern, den Symbolen des Widerstandes gegen das EU-Grenzregime, wir kommen mit Koffern und Trolleys – beschriftet mit Slogans gegen Abschiebung und Ausgrenzung – und wir thematisieren mit Großpuppen die prekären Arbeitsverhältnisse, in denen nicht nur MigrantInnen ausgebeutet werden.



## KAPITALISMUS VERKÜRZEN!

IN FRANKFURT DEN ANFANG MACHEN!

Occupy-Gruppen, attac, die Interventionistische Linke (IL), diverse Krisenbündnisse und Erwerbslosengruppen sowie die Linkspartei und zahlreiche Initiativen aus dem In- und Ausland rufen zu Europäischen Aktionstagen vom **16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt** auf. Neben Platzbesetzungen am 17. Mai und einer internationalen Demonstration am 19. Mai stehen am 18. Mai Massenblockaden im Mittelpunkt der Proteste.

#### 16. Mai – Rave against the Troika

Los geht es anlässlich einer Sitzung des Rats der Europäischen Zentralbank mit ersten Aktionen, Versammlungen und am Abend mit einem »Rave against the Troika«.

#### 17. Mai – Platz nehmen

In der Nähe der Banktürme nehmen wir uns Plätze in der Innenstadt und Grünanlagen, um sie für kulturelle Veranstaltungen und Asambleas nutzen zu können.

#### 18. Mai – blockieren

Beginn der Blockaden soll um 6 Uhr morgens sein. Zunächst vor der Europäischen Zentralbank. Für die Blockaden gilt ein gemeinsamer Aktionskonsens. Läuft es gut, soll mit Go-Ins und Belagerungen im Lauf des Tages das Frankfurter Finanzzentrum in eine bunte und laute Protestzone verwandelt werden.

#### 19. Mai 2012 – demonstrieren

Abschluss der Aktionstage ist eine große, internationale Demonstration. Sie beginnt um 12 Uhr in der Nähe des Hauptbahnhofs, auf dem Baseler Platz. Anschließend geht es durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz.

Während der Aktionstage gibt es unter anderem auf dem Opernplatz und dem Willy-Brandt-Platz Kultur-, Musik- und Informationsveranstaltungen. Auch die IL wird mit einem Veranstaltungsprogramm präsent sein.

Eine Bus- und Mitfahrbörse gibt es auf den Seiten von attac: [www.attac.de](http://www.attac.de)

Während der Aktionstage ist der Ermittlungsausschuss Frankfurt unter der Nummer 0160 95657426 zu erreichen.

Aktuelle Informationen über den Aktionskonsens, die geplanten Aktionen, das Programm, wichtige Telefonnummern und praktische Tipps unter:

<http://blockupy-frankfurt.org>,

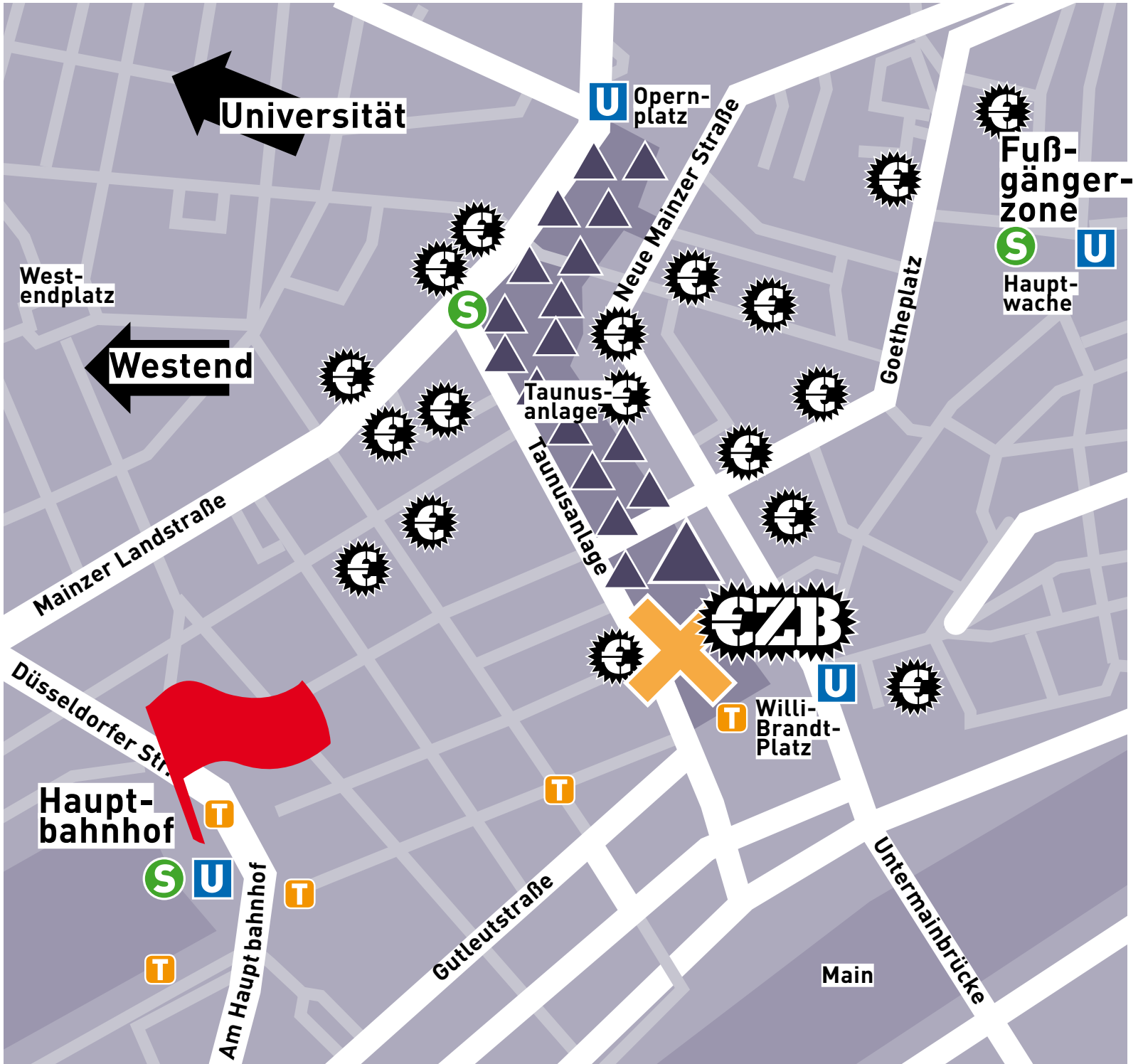
bei facebook [www.facebook.com/BlockupyFrankfurt](http://www.facebook.com/BlockupyFrankfurt)

Twitter: <http://twitter.com/#!/Blockupy> oder

auf der Seite der Interventionistischen Linken:

[www.dazwischengehen.org](http://www.dazwischengehen.org)





**Aktionen**

**Finanzwirtschaft**

**Nahverkehr**



Demo-Treff



Blockade



Take the Square



Europäische Zentralbank



Banken



U- und S-Bahnstation, Tram-Station



**Eiliger Zahlungsbedarf** Spendet für Blockupy  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt  
 Verwendungszweck: „Spende Krise Pfm“  
 Konto: 200337319  
 BLZ: 500 50 201 Frankfurter Sparkasse





# DEMOKRATIE OHNE ALTERNATIVEN

## Das größte Risiko

für Europas Kreditwürdigkeit scheint derzeit vom Volke auszugehen. Diese Sorge ist berechtigt. Die eingespielten demokratischen Verfahren der Legitimation von Politik werden derzeit auf eine harte Probe gestellt. Schließlich ist das zentrale Ziel der Eurostaaten, ihre Kreditwürdigkeit wieder herzustellen, um sich zu niedrigen Zinsen verschulden zu können.

Es geht also um Glaubwürdigkeit der Politik. Und die Demonstrationen der Glaubwürdigkeit fallen umso überzeugender aus, je härter eine Regierung mit Sparprogrammen gegen die eigene Bevölkerung vorgeht. Dabei wächst die Unzufriedenheit der Betroffenen, die gleichzeitig in Wahlen über diese Politik abstimmen soll. Deshalb geht die Politik derzeit vier Wege.

**1** Wahlen nicht zulassen. So zum Beispiel Griechenland. Im vergangenen November kündigte Ministerpräsident Giorgos Papandreou an, die Bevölkerung über die anstehenden Sparmaßnahmen abstimmen zu lassen. Prompt stand die Finanzwelt Kopf. Es wurde befürchtet, die GriechInnen würden gegen das Programm stim-

## EUROPAS REGIERUNGEN ORGANISIEREN KREDITWÜRDIGKEIT DURCH MEHR ARMUT UND WENIGER WAHLFREIHEIT

men. Bundeskanzlerin Angela Merkel drohte unmissverständlich: »Die Abstimmung wird um die Frage gehen: Will Griechenland im Euro bleiben – ja oder nein?« Dieses Risiko wollten die griechischen Regierenden nicht eingehen. Das Referendum wurde abgesagt. Papandreou musste gehen.

**2** Bei den anstehenden Wahlen in Griechenland kommt die zweite Variante zur Geltung: die Neutralisierung des Wahlergebnisses über die Vorabfestlegung auf eine bestimmte Politik. Um die Hilfskredite zu erhalten, mussten sich die voraussichtlichen WahlsiegerInnen – die Parteien PASOK und Nea Demokratia – schriftlich dazu verpflichten, die auferlegten Spar- und Reformprogramme bedingungslos durchzuführen. So soll gewährleistet werden, dass die GriechInnen auf jeden Fall eine Regierung wählen, die sich dem Willen der EU beugt.

**3** In Irland soll Ende Mai über den Fiskalpakt abgestimmt werden, ein Dau-



ersparprogramm, auf das insbesondere die deutsche Politik den Euroraum festgelegt sehen will. Damit die IrInnen auftragsgemäß dem Pakt zustimmen, kommt Variante Drei zum Einsatz: Drohung. Irland braucht noch Hilfskredite des Eurorettungsschirms ESM. Der Vertrag zum ESM legt jedoch fest: Nur Länder, die dem Fiskalpakt zustimmen, haben Zugang zu ESM-Geldern. Das bedeutet: Scheitert das Referendum, steht Irland vor der Pleite. »Somit hat Irland viel zu verlieren, wenn es mit ›Nein‹ stimmt«, so die Commerzbank. Das sollte die WählerInnen überzeugen.

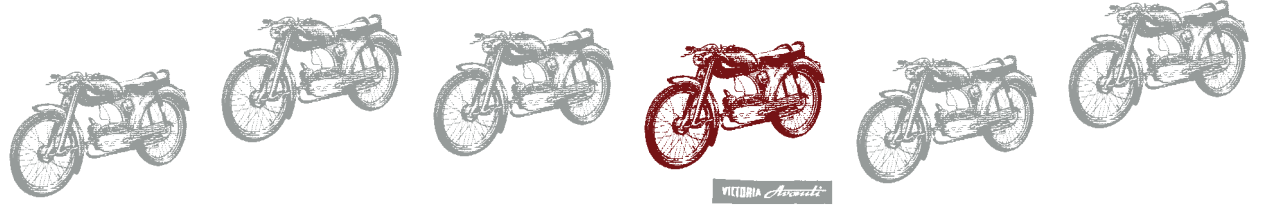
**4** Derartiger Druck kann auf Frankreich nicht ausgeübt werden. Da die Präsidentschaftswahl nicht zu verhindern ist und die zur Wahl stehenden PolitikerInnen formal frei in ihrer künftigen Politik sind, kommt die vierte Variante zur Anwendung: Propaganda. Die angekündigten oder zu erwartenden Maßnahmen zur Verarmung der Bevölkerung werden als alternativlos dargestellt. Ohne Reformen

drohen »griechische oder spanische Verhältnisse«, agitiert Sarkozy. Abstimmung hin oder her, so die Botschaft, letztlich hat der künftige Präsident sowieso »keine Wahl«, so Gérard Grunberg, Ex-Chef der Denkfabrik CNRS in Paris.

Die Beispiele zeigen, wie die Politik derzeit in Europa demonstriert, wie das mit der »Volksherrschaft« eigentlich gemeint ist. Die Sparprogramme sollen möglichst nicht gegen die Bevölkerung mit Gewalt durchgesetzt werden – etwa indem Demonstrationen zusammengeknüpelt oder Wahlen verhindert werden. Wahlen sollen schon sein. Aber nicht als Auswahl zwischen verschiedenen Politikalternativen, sondern als Zustimmung zu einer Politik, die als alternativlos propagiert wird. Ziel ist es, der Bevölkerung die freiwillige Zustimmung zu ihrer Verarmung abzurufen. So können die WählerInnen sich ihren Schaden als eigenen Beschluss zurechnen. Protest wiederum kann mit dem Verweis auf das Wahlergebnis zum Schweigen gebracht werden. Gewahrt bleibt auf diese Weise der von den Märkten geforderte soziale Frieden, der durch das soziale Abbruchprogramm permanent gefährdet wird. ★★★



MIT  
AKTIVIST-  
INNEN  
VON **AVANTI**  
- PROJEKT  
UNDOG-  
MATICHE  
LINKE



AM 15. MAI 2011  
PROTESTIERTEN  
IN SPANIEN ÜBER  
100.000 MENSCHEN  
UND BESETZTEN  
DANACH UNTER DEM  
MOTTO »ECHTE  
DEMOKRATIE JETZT!«  
PLÄTZE - ZUM ZEL-  
TEN. SEITDEM WIRD  
DISKUTIERT, OB  
»DEMOKRATIE« IN DEN  
KRISENPROTESTEN  
EINE ZENTRALE  
FORDERUNG SEIN  
SOLLTE. WIR  
SPRACHEN MIT LEO  
UND KIM VON AVANTI  
- PROJEKT UNDOGMA-  
TISCHE LINKE.

**Warum steht die De-  
mokratiefrage so sehr im  
Zentrum der Krise?**

**Kim:** Weil sie auch eine Re-  
präsentationskrise ist. Der  
Unmut über die herrschen-  
de Ordnung ist zwar sehr  
unterschiedlich. Unabhän-  
gig von den Forderun-  
gen und den Formen der  
Proteste in Tunesien und  
Ägypten, in Spanien und  
Griechenland, in den USA  
und – soweit überhaupt  
vorhanden – der BRD usw.  
ist eine Gemeinsamkeit zu  
erkennen: Die Menschen  
sind in Bewegung geraten  
und probieren ganz prak-  
tisch Formen der demo-  
kratischen Selbstbestim-  
mung aus. Dabei weisen  
die Vorstellungen darüber  
und die gemachten Erfah-  
rungen über die etablierte  
formale Demokratie hin-  
aus.

**Was meint ihr damit?**

**Kim:** Demokratie erschöpft sich nicht in der  
Wahl einer Regierung,  
sie umfasst alle Lebens-  
bereiche. Die Parolen  
der Proteste des vergan-  
genen Spätsommers wie  
»Echte Demokratie jetzt«  
oder »Ihr repräsentiert  
uns nicht« zeigen, dass  
die Hegemonie des politi-

schen Systems Risse auf-  
weist. Das geht noch nicht  
überall mit einem realen  
Machtverlust einher. In  
Tunesien und Ägypten gab  
es eine offene politische  
Krise. Davon unterschei-  
den sich die Verhältnisse  
etwa in Deutschland. Hier  
ist eine direkte Krise der  
politischen Repräsentati-  
onsformen nicht in glei-  
chem Maße feststellbar.

**Was steckt hinter dieser  
Krise der Repräsentati-  
onsformen?**

**Leo:** Die Etablierung tech-  
nokratischer Regimes  
beispielsweise in Grie-  
chenland oder Italien ist  
in gewisser Weise eine  
Zuspitzung der Repräsen-  
tationskrise. Darin zeigt  
sich sehr deutlich, wie die  
Krise zu weiteren neolibe-  
ralen »Reformen« genutzt  
wird. Durch diese nicht  
legitimierte Regierungen  
von Technokraten werden  
weitgehende Umbauten  
in allen Lebensbereichen  
vorangetrieben und ver-  
meintlich alternativlose  
Spardiktate in rasantem  
Tempo verabschiedet –  
hier übernimmt die Troika  
unter Führung von Frank-  
reich und Deutschland  
eine treibende Rolle.

**Kommt beim Kampf für  
Demokratie nicht die  
Herrschaftskritik zu  
kurz?**

**Kim:** Demokratisierung  
und soziale Gerechtigkeit  
sind urlinke Forderungen.  
Für uns ist die Konkretisie-  
rung des Begriffs zentral.  
Wir wollen nicht die For-  
men der repräsentativen  
Demokratie innerhalb von  
institutionalisierten und  
parlamentarischen Struk-  
turen sanieren. Es geht  
vielmehr um eine radikale  
Form von basisdemokra-  
tischer Organisation, die  
eine grundlegende Kritik  
an den hegemonialen For-  
men der Repräsentation  
und Vermittlung von po-  
litischen Interessen bein-  
haltet.

**Und das heißt konkret?**

**Leo:** Eine solche Form der  
radikalen Basisdemokratie  
ist nicht ohne Demokrati-  
sierung aller Lebensberei-  
che und eine tief greifende  
Veränderung der ökon-  
omischen Verteilungsver-  
hältnisse zu haben. Der  
Versuch, diese radikale  
Form von Basisdemokratie  
zu erkämpfen, stellt nicht  
ein Weniger, sondern ein  
Mehr an Herrschaftskri-  
tik dar: Es müssen näm-

lich auch gesellschaftliche  
Herrschaftsverhältnisse in  
den Blick genommen wer-  
den, die von einer reinen  
Kritik ökonomischer Ver-  
hältnisse nicht oder nur  
ungenügend einbezogen  
werden. Echte Demokratie  
kann es nur geben, wenn  
kapitalistische, patriarcha-  
le und rassistische Struktu-  
ren nicht ausgespart, son-  
dern direkt angegangen  
werden. Das bedeutet für  
uns die Vergesellschaftung  
von allen Bereichen der  
Produktions- und Repro-  
duktionsverhältnisse.

**Die radikale Linke kann  
also den Demokratiebe-  
griff ohne Probleme ver-  
wenden?**

**Leo:** Nein, nein. Demo-  
kratie ist ein umkämpfter  
Begriff. Seine hegemonia-  
le Deutung kettet ihn mo-  
mentan an die Strukturen  
bürgerlich-parlamentari-  
scher Repräsentation. In-  
sofern muss eine radikale  
Linke die Kritik an Elitis-  
mus und Autoritarismus  
starkmachen. Inwieweit  
ein so verstandener Demo-  
kratiebegriff hegemonial  
werden kann, ist sicher  
zu diskutieren, aber wir  
sollten diese Chance nicht  
verpassen. ★★★

**»MEHR RADIKALE DEMOKRATIE WAGEN«**



# ARABISCHER FRÜHLING UND GLOBALE REALE DEMOKRATIE

## EINE CHRONIK DES JAHRES 2011 SAMT DEN DARAUS ZU ZIEHENDEN SCHLÜSSE

**Wer nach** dem Ausbruch der globalen Krise 2008 mit Massendemonstrationen ebenfalls globalen Ausmaßes rechnete, sah sich zunächst bitter enttäuscht. Zwar kam es überall auf der Welt zu Protesten, doch blieb es im Ganzen überraschend ruhig. Das änderte sich schlagartig zum Jahreswechsel 2010/2011 und an einem Ort, der bis dahin nicht gerade im Brennpunkt der Weltgeschichte stand: der 250 Kilometer südlich von Tunis gelegenen Kleinstadt Sidi Bouzid. Dort zündete sich am 17. Dezember 2010 der Gemüseverkäufer Mohamed Bouazizi an. Als der Kleinhändler an den Folgen seiner Verzweiflungstat starb, zogen Jugendliche durch die Stadt, steckten Läden in Brand und griffen PolizistInnen an.

### TAGE DES ZORNS

Die Bewegung wuchs von Tag zu Tag und breitete sich bis zum Herbst 2011 über die ganze Welt aus. Am 14. Januar 2011 stürzte Tunesiens Diktator Ben Ali. Am 25. Januar sammelten sich auf Kairos Tahrir-Platz Millionen zum »Tag des Zorns«. Der »Arabische

Frühling« zog in Bahrain ein, in Dschibuti, im Irak, dem Jemen, in Jordanien, Kuwait, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästina, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien. Nirgendwo verfügt die Bewegung über eine organisierte Struktur, ihre AktivistInnen kommunizieren über Handy, Email und soziale Netzwerke.

Im Februar kam es zu Protesten in China, am 14. Februar zu Demonstrationen in Teheran. Im Mai wurden die Hauptplätze spanischer Großstädte zu Zeltlagern, Hunderttausende fordern »Echte Demokratie Jetzt!«. Ebenfalls nach Hunderttausenden zählten Demonstrationen auf dem Omonia- und dem Syntagma-Platz Athens. Im Juli sammelten sich 250.000 DemonstrantInnen in Tel Aviv. Im August war London an der Reihe. Im Herbst folgten die USA, die Losung »Occupy!« verbreitete sich überall auf der Welt, tauchte im nigerianischen Lagos, im pakistanischen Karatschi, schließlich in Moskau auf.

### OCCUPY!

Um zu klären, was all diese Begebenheiten zu einem einzigen Ereignis zusammenbindet, ist zu

nennen, was sie voneinander trennt. Der wichtigste Punkt ist der Umschlag in den militärisch organisierten Kampf. Dies trennt die Bewegungen in Libyen und Syrien schon deshalb von allen anderen, weil sie Objekt imperialen Machthandelns wurden – ohne dass sie darauf reduziert werden dürfen.

Ebenso wichtig ist der Unterschied im Anlass: Lebensmittelpreise in Tunesien und Ägypten, Mieten in Tel Aviv, Jugendarbeitslosigkeit in Washington und Madrid, Benzinpreise in Lagos, Wahlmanipulationen in Teheran und Moskau, das Millionen binnen Wochen ihrer Lebensperspektiven beraubende »Krisenmanagement« von EU und IWF in Griechenland.

Gleichwohl werden weltweit zwei Forderungen erhoben: Würde und Demokratie. Mit ihnen weisen die Menschen das Leiden zurück, das die Linke früher im Begriff der Entfremdung benannte. Von Entfremdung ist zu sprechen, wo den Menschen das eigene Leben und die Welt im Ganzen unter dem Bann einer ihnen fremden Macht entgleiten. Trotz der

lokalen Unterschiede kann diese Macht überall im Staat und im Kapital ausgemacht werden.

Unter der gemeinsamen Forderung nach Würde und Demokratie schließen sich die Aufstandsbewegungen des Jahres 2011 zu einer globalen Bewegung zusammen. Dabei teilen sie nicht nur die gemeinsame Forderung nach Würde und Demokratie, sondern auch die damit zusammenhängende Form: eine politische Form, besser: die Form des Politischen schlechthin. Sie liegt darin, dass sich die Leute überall auf dem größten Platz der Stadt versammeln, sich einen allen gemeinsamen öffentlichen Raum aneignen, gemeinsam das Wort ergreifen, sich gemeinsam und frei gegen die wenden, die ihnen Würde und Demokratie vorenthalten. Dies ist der ursprüngliche Akt des Politischen selbst, die Versammlung des demos, die kraft eigenen Rechts und eigener Macht entscheidet, was ihre gemeinsame, öffentliche Sache ist.

### DER AUSZUG DER MENGE

Einer alten Überlieferung zufolge legten 494 v. Chr. die »Plebejer«, d.h.

die Menge (plebs) der nicht zum Adel zählenden EinwohnerInnen Roms, ihre Arbeit nieder und sammelten sich auf dem Mons Sacer, dem »Heiligen Berg«. Mit dieser einem Generalstreik vergleichbaren »secessio plebis« (Auszug der Menge) legten sie das Leben der Stadt lahm und setzten die Beteiligung selbst gewählter »Volkstribune« (tribuni plebis) an der Regierung durch.

Die zweite secessio plebis kam wenig später auf dem Mons Aventinus zusammen. Wieder brach das Leben der Stadt zusammen. Jetzt setzte die plebs eine neue politische Verfassung durch.

Zum dritten Auszug kam es 287 v. Chr. Diesmal erzwang die plebs, dass die Beschlüsse der Volksversammlung den Charakter von Gesetzen erhielten.

Die drei noch heute gültigen Lehren dieser Auszüge der Menge sind:

**1.)** Die Notwendigkeit der eigenmächtig einberufenen Versammlung der aus der öffentlichen Sichtbarkeit wie aus der öffentlichen Rede Ausgeschlossenen.

**2.)** Die Notwendigkeit einer Unterbrechung des städtischen Lebens, der





Ausrufung des Ausnahmezustands »von unten«.

**3.)** Die Notwendigkeit, die Unterbrechung der herrschenden Ordnung immer wieder neu wiederholen zu müssen.

**BACK HOME**

Natürlich wurden Elend, Unrecht und Entfremdung 2011 nicht beseitigt. Die Versammlungen waren dazu nicht entschlossen genug, die Unterbrechung des Lebens zu kurz. In Libyen und Syrien, den islamistischen Wahlsiegen in Ägypten und Tunesien oder der Dominanz der Moskauer Proteste durch Liberale und FaschistInnen zeigt sich, dass in der plebs AkteurInnen zu Wort kamen, die mit Würde und Demokratie nichts am Hut haben. Und, ja natürlich: Die Alte Welt war wieder einmal schneller, die herrschende Ordnung mächtiger als ihre Unterbrechung.

Einen Grund dafür lehren die deutschen Verhältnisse. Hier übertrafen die Proteste nicht, was schon im März 2009 zu nichts geführt hat. Damals kam es in Frankfurt und Berlin zu bundesweiten Krisendemonstrationen, die

bloße Rituale blieben. Das hat mit vielem, letztlich mit der seit 30 Jahren fortdauernden Schwäche der Linken zu tun. Es hat mit dem deutschen »Krisenmanagement« zu tun, weil hier vieles von dem, was Südeuropa jetzt aufgedrückt wird, schon vorweggenommen wurde: Es reicht, hier auf das Hartz-IV-Regime zu verweisen. Dazu gehört, dass sich der Exportweltmeister Deutschland in der Krise bis jetzt »oben« zu halten weiß. Dazu gehört schließlich, dass sich die industriellen Kerne der Arbeiterklasse und ein Großteil der Mittelklassen »mit im Boot« glauben: Zwar wissen sie, dass es ihnen heute schlechter als gestern geht und morgen schlechter als heute gehen wird. Doch wissen sie auch, dass sie im Vergleich zu den »Bessergestellten« gehören. Es geht hier nicht um das Amenmärchen von guter »Basis« und böser »Führung«: Nein, die Mehrheit der deutschen IndustriearbeiterInnen verteidigt bis auf Weiteres ihren Platz am »Standort Deutschland«, komme, was wolle.

**GAME OVER? GAME OVER!**

Es geht nicht um Denunziation, sondern um ein Problem, das uns alle ratlos macht. Dabei ist es nicht so, dass sich hier nichts täte. Es gibt die Occupy-Camps, an Heiligendamm 2007 bleibt zu erinnern. Die Wiederkehr der Anti-Atom-Bewegung und der Atomausstieg gehören zu den Siegen der Jahre 2010/2011. Dazu gehört auch die Radikalisierung des zivilen Ungehorsams in der Schottern-Kampagne und den Anti-Nazi-Protesten von Dresden. Schließlich bleibt Stuttgart 21 zu nennen, wo es nicht nur um einen Bahnhof, sondern auch um die eigene Würde und Demokratie in einer Welt ging, die einem zunehmend fremd wird. In der das eigene Leben zum Spielball fremder Mächte und wir alle zu SchuldnerInnen der ungreifbaren Macht der »Finanzmärkte« werden. Was bleibt uns, unserer Wut und Verzweiflung Ausdruck zu verleihen? Wir wissen uns heute als Teil einer globalen Bewegung, die 2012 einen neuen Anlauf wagen wird. Wir wissen heute besser als 2010, was »reale Demokra-

tie« ist. »Wem gehört die Stadt?« ist nicht zufällig zu der Frage geworden, über die viele Initiativen zusammenkommen.

Wir wissen, dass diese und viele andere Fragen sich nicht allein mit einer vorübergehenden Unterbrechung der Ordnung lösen. Doch sehen wir in Tunis und Kairo, dass die Versammlungen auf den Plätzen neue Räume der Demokratisierung eröffnet haben: den Stadtteilkomitees, gewerkschaftlichen Basisinitiativen, neuen linken Organisationen. Solche Räume können auch wir uns erschließen, wenn wir den Alltag der Stadt für einen Augenblick aussetzen: den Augenblick, der die andere Welt eröffnet, von deren Möglichkeit wir heute wissen.

Wer viel verloren hat, ist immer auch um einiges leichter geworden: zum Beispiel um den Irrtum, der uns die demokratische von der sozialen Revolution trennen ließ, der uns glauben ließ, dass die Demokratiefrage eine »bürgerliche«, die soziale Frage eigentlich wichtige Frage sei. Das wissen wir heute besser, und das werden wir zu nutzen wissen. ★★★



# DIE EROBERTE AGORA

## EIN BRIEF VOM TAHRIR-PLATZ

AKRAM ISMAIL | KAIRO | AKTIVIST DER SOZIALISTISCHEN VOLKSALLIANZ.

**Es scheint**, als wäre der Tahrir-Platz dafür gestaltet worden, die Revolution des Volkes zu nähren. Es scheint tatsächlich so, als ob dieser weite leere Platz im Herzen der Stadt jahrelang für den Traum zorniger Menschen von einer Besetzung reserviert gewesen wäre. Tatsächlich war es seltsam mitzuerleben, wie Gruppen und Individuen aus allen Teilen Kairo, ohne sich verabredet zu haben, hineinströmten, als ob es einen geheimen, im Bewusstsein der ÄgypterInnen lebenden Konsens gegeben hätte. Märsche bewegten sich auf den Tahrir-Platz zu, der ständig Botschaften an die Außenwelt sandte, er sei der konkurrenzlose Empfänger und das Ziel der Revolution.

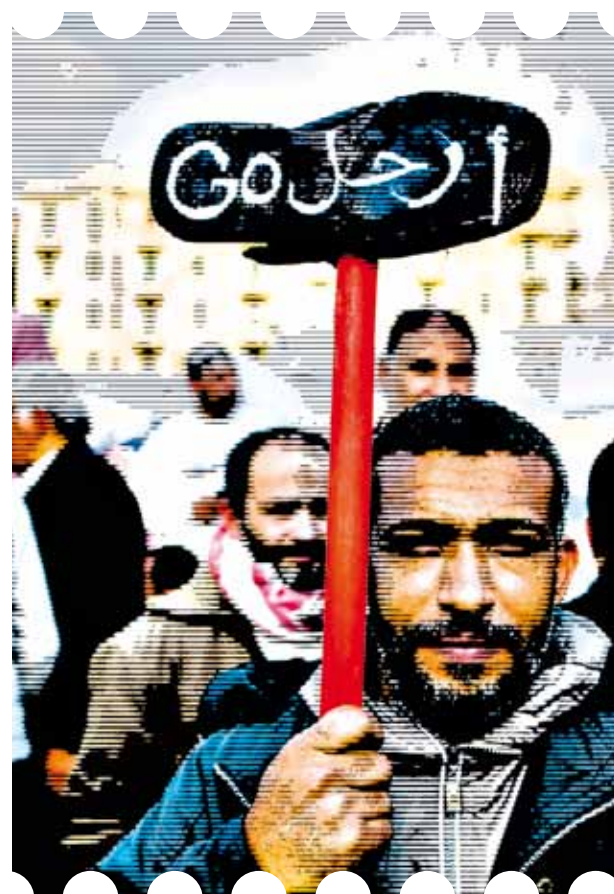
Als die Mengen den Platz erreichten, begannen sie,

ihre Potenziale einer millionenfachen Besetzung zu entdecken. Die Besetzung und die Verteidigung des Platzes wurden zum Symbol der Verteidigung der Revolution und Beweis für die Besetzung des Unterdrückungsstaates. Protestierende verteidigten den Platz, manchmal mit Gewalt, und andere Male durch Gesänge in der Nacht, um sich auf den folgenden Kampf vorzubereiten.

Die Revolution inspirierte nicht nur die Protestierenden selbst, sondern auch die ArbeiterInnen in ihren Fabriken und die Bauern auf den Feldern, weil sie die Schwäche des Staats unterstrich und eine immerwährende Botschaft seiner Niederlage sandte. Es war eine Botschaft, die die Möglichkeit eröffnete, sich

auch andernorts erheben zu können. Die Besetzung des Platzes stimulierte die Revolution an allen Orten und inspirierte die Welt, denn sie zeigte, dass die Autorität unfähig war, der fest entschlossenen und träumerischen Mobilisierung der Menschen entgegenzutreten.

Räume zu besetzen ist ein revolutionäres Projekt, denn die Autoritäten versuchen, die rebellische Potenzialität der Plätze bewusst zu entleeren, während die Revolution diese Plätze mit den Menschen und ihren Träumen wieder ausfüllt. Was übrig bleibt, sind bunte Bilder von Millionen, die das Herz der Stadt besetzen, bereit für alle Möglichkeiten, als ob es der Traum von einer Revolution wäre, die noch kommen muss. ★★★



**arranca!**

신체 제 8 화신(化身)으로 숭배됨).  
 \*Krise [kri:zə] f., -n. [gr. krisis 'Erkundung', z. krinein 'entscheiden, unternehmen' (vgl. Kritik)] (안위(安危)의 집, 위기(危機), [질] (병의) 분리)  
 ② 【經濟】 공황.  
 kriseln i. (h.) (俗) es kriselt 날상치 않다; (比) 풍운이 급하다, 위쳐오고 있다.  
 krisen-fest a. 위기 · 공황에도 끄떡  
 Krisen-theologie f. 위기 신학.  
 위기 · 공황 시대

Nr. 45 Eurokrise · [www.arranca.org](http://www.arranca.org)

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**«LUXEMBURG ARGUMENTE»**  
 NEU, AKTUALISIERT, INFORMATIV

**IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?**  
 Staatsverschuldung: Was sie ist und wie sie funktioniert  
 Nr. 1, Autoren: Stephan Kaufmann, Ingo Stützle, aktualisierte 3. Auflage, April 2012  
 Download unter: [www.rosalux.de/publication/37900](http://www.rosalux.de/publication/37900)

**«SCHUMMEL-GRIECHEN MACHEN UNSEREN EURO KAPUTT?»**  
 Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise  
 Nr. 2, Autor: Stephan Kaufmann, aktualisierte Neuauflage, März 2012  
 Download unter: [www.rosalux.de/publication/38265](http://www.rosalux.de/publication/38265)

**SCHÖNE GRÜNE WELT**  
 Über die Mythen der Green Economy  
 Nr. 3, Autor: Ulrich Brand, April 2012  
 Download unter: [www.rosalux.de/publication/38335](http://www.rosalux.de/publication/38335)

Die Bildungsbroschüren können bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.  
 Kontakt: Karin Malingriaux, [malingriaux@rosalux.de](mailto:malingriaux@rosalux.de)



# STEHT UNS SOLIDARISCH ZUR SEITE!

## EIN BRIEF AUS DER SYRISCHEN REVOLUTION

**HASSAN A. DARAA (SYRIEN)**  
MITGLIED IM NATIONALEN KOMITEE FÜR DEMOKRATISCHEN WANDEL

**Seit ihrem Beginn** ist die syrische Revolution gegen das brutale Assad-Regime der Aufstand eines Volkes gewesen, das für seine Würde und seine Freiheit kämpft. Das syrische Volk musste große Opfer für seinen Versuch zahlen, diese Ziele zu erreichen. Allerdings sind die SyrerInnen von den Regierungen der kapitalistischen Staaten im Stich gelassen worden, die gemein-

same Interessen mit dem syrischen Regime haben. Zivilgesellschaftliche AktivistInnen in Syrien wie StudentInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen, Intellektuelle und andere Berufsgruppen sind zur treibenden Kraft der syrischen Revolution geworden, und die meisten von ihnen haben einen intellektuellen, linken oder linksliberalen Hintergrund.

Wir können den »Arabischen Frühling« nicht von den anderen Bewegungen der Völker der Welt in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Kapitalismus und imperialistische Hegemonie trennen. Alle Erfahrungen beziehen sich aufeinander, umarmen einander und inspirieren einander, um neue Formen für neue Kämpfe zu erfinden – sei es aus dem Kampf

gegen die Apartheid in Südafrika, den Umwälzungen in Osteuropa, den Revolutionen gegen Diktaturen und der Occupy-Bewegung in den USA und Europa.

Unser Ziel ist es, dass unsere Stimmen von den Völkern der Welt gehört werden, von ihren Bewegungen des Widerstands und ihrer Zivilgesellschaft. Wir hoffen, dass wir Hilfe von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen erhalten, damit sie die öffentliche Meinung in ihren Ländern mobilisieren, damit ihre jeweiligen Regierungen endlich jede Unterstützung für das diktatorische Regime von Präsident Assad beenden. Steht uns solidarisch zur Seite, damit das syrische Volk endlich seine Freiheit und seine Würde gewinnt. ★★★



DEUTSCHE JURIST\_INNEN FINDEN IMMER EINEN WEG.



**Quer**  
stellen  
statt  
quer  
HONOR

**ak**  
analyse & kritik  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis

Jetzt testen ++ 4 Ausgaben für 10 € ++ [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

# GROSSE UNORDNUNG

»Linksextreme Demonstranten suchen Frankfurt heim, weil diese Großstadt wie keine andere deutsche Stadt für die Finanzwelt steht.« (FAZ, 11.4.2012) Nach der Demonstration am 31. Mai 2012 in Frankfurt liegen bei den Verantwortlichen die Nerven blank. »Ordnungsdezernent Markus Frank (CDU) hat ein härteres Vorgehen gegen die mehrtägige Demonstration angekündigt, die für Mai unter dem Motto »Blockupy Frankfurt« geplant ist«, so die FAZ, hinter der angeblich immer ein kluger Kopf steckt. Und weiter: »Als Unterstützer für die Aktionen im Mai treten unter anderen die Linkspartei, das Anti-Globalisierungs-bündnis Attac, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Occupy-Bewegung und die In-

terventionistische Linke auf.« In die gleiche Kerbe haute das Regionalfernsehen: KapitalismusegnerInnen wollten Frankfurt »heimsuchen«, echauffiert sich die Hessenschau vom 13. April. Und dann das noch: Die Polizei möchte das Occupy-Camp trotz Pressehetze nicht räumen, so BILD am 16. April, »um den Aktivisten keinen Grund zu liefern, sich zu »rächen.« Im Aktionskonsens für die Blockaden von EZB und Finanzzentrum heißt es hingegen: »Von uns wird ... keine Eskalation ausgehen.« Was also tun? Sich nicht bange machen lassen und mit Mao Tse-tung antworten: »Es herrscht große Unordnung unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet.« ★★★

# NO:FUTURE

OHNE SOLIDARITÄT  
ΧΟΡΙΣ ΑΛΛΗΛΕΓΓΥΗ  
SENZA SOLIDARIETÀ  
SIN SOLIDARIDAD

**VERANSTALTUNGSREIHE**

Haris Triandafilidou -- Jugend/SYNASPISMOS, griechische Linkspartei · Athen · Shendi Vali -- Studentische Aktivistin/linkes Netzwerk Unicommon · Rom · Daniel Nieto Bravo -- antikapitalistischer Aktivist/ »Indignados« und Gewerkschafter · Sevilla

8.5.--- Hamburg | 9.5.--- Bremen | 11.5.--- Marburg 12.5. --- Frankfurt/M  
14.5.--- Nürnberg | 15.5.--- Stuttgart

WWW.BLOCKUPY-FRANKFURT.ORG | WWW.ROSALUX.DE/NOFUTURE

Die Aktionstage in Frankfurt sind als **internationale Manifestation** angelegt, doch viele von der brutalen Sparpolitik betroffene Personen können sich ihr Demonstrationsrecht faktisch nicht mehr leisten. Um einen kleinen Beitrag internationaler Solidarität zu leisten, haben wir »Solitickets« für **AktivistInnen aus Südeuropa** erstellt, die zur unverbindlichen Preisempfehlung von **15 Euro** erworben werden können. Karten gibts bei der IL-Gruppe in Eurer Stadt.

15,-  
(Unverbindliche  
Preisempfehlung)

16/05 - 19/05

16/05 - 19/05

**BLOCKUPY FRANKFURT**

## Soliticket

Mit dem Kauf eines Solitickets unterstützt du die  
Anreise der Freundinnen und Freunde aus Südeuropa

Dies ist keine Buskarte nach Frankfurt

Spenden: libertad / Ktn.: 8020068500 / GLS-Bank / BLZ: 430 609 67 / Verwendungszweck: „Soliticket“

## IMPRESSUM

**Dazwischengehen. Zeitung für eine Interventionistische Linke** wird herausgegeben von ak - analyse & kritik und arranca! und So oder So. Die Redaktionen arbeiten mit in der Interventionistischen Linken (IL), in der u.a. aktiv sind: Antifaschistische Linke Berlin (:::alb::), Avanti - Projekt undogmatische Linke (Norddeutschland), D.O.R.N. (Kassel), FeS (Berlin), Gruppe dissident (Marburg), I Furiosi (Düsseldorf) Institut für Theologie und Politik (Münster), Interventionistische Linke Karlsruhe, Interventionistische Linke Köln, Interventionistische Linke München, Interventionistische Linke Tübingen, internationale sozialistische linke (isl), Jenaer Undogmatische Radikale Initiative - Linke Gruppe (JURI-LG), Kampagne Libertad!, Kritisches Kollektiv (Mainz, Mannheim, Worms), Organisierte Autonomie Nürnberg, Projekt Interventionistische Linke Ravensburg, Radikale Linke Nürnberg, Rote Aktion Kornstraße Hannover, see red! Linke Initiative Düsseldorf sowie Personen aus der Sozialforums- und Klimabewegung oder von attac.

**Auflage: 40.000** | Die massenhafte Weiterverbreitung ist ausdrücklich erwünscht, eine Beteiligung an den Portokosten ebenfalls.

Redaktion: Dazwischengehen c/o ak-Redaktion | Rombergstraße 10 | 20255 Hamburg | [redaktion@dazwischengehen.org](mailto:redaktion@dazwischengehen.org) | V.i.S.d.P.: H.-P. Kartenberg

Die Artikel sind über [www.dazwischengehen.org](http://www.dazwischengehen.org) elektronisch abrufbar.

Die Herausgabe wurde gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Spenden für diese Zeitung sind erwünscht: Libertad! | KTO 8 020 068 500 | BLZ 430 609 67 | GLS-Gemeinschaftsbank | Stichwort: Blockupy